

Zur Bedeutungslosigkeit von Wissenschaft und Unterricht in der aktuellen österreichischen Politik

Gero Fischer

Dass Bildung und Wissenschaft bei der heimischen verantwortlichen Politik nicht hoch im Kurs stehen, ist ein Gemeinplatz, der durch die letzte Regierungsbildung wiederum eindrucksvoll bestätigt wurde: Aus der Liste der Ministerien verschwanden das Unterrichts- und das Wissenschaftsressort, sie wurden ins Frauen- bzw. ins Wirtschaftsministerium verräumt. Die kritischen publizistischen Reaktionen auf diese Fusionen reißen nicht ab.

Neue Konzepte und Perspektiven für die Bildungs- und Wissenschaftspolitik?

Erwartungen bezüglich Regierungsbildungen nach Wahlen gehen oft nicht unberechtigter Weise in Richtung Neuanfang, dass neue Perspektiven entwickelt und zu realisiert werden etc. Die aktuelle reale personelle wie politische Konstellation der beteiligten Parteien und Personen an der Regierungsbildung ließ von Anfang an keine großen Hoffnungen aufkommen, aber was schließlich von den Regierungsparteien als Programm präsentiert wurde, übertraf dann doch noch alle schlimmsten Befürchtungen. Die Liquidierung des Wissenschafts- und des Unterrichtsministeriums als selbständige Ressorts und ihre Unterordnung unter das Wirtschafts- bzw. Frauenministerium ist die schlechteste aller bisher vorstellbaren Lösungen. Nicht unlogisch wäre es gewesen, dass z.B. beide Ministerien zu einem Bildungsministerium vereinigt werden – haben sie doch eine Reihe von Aufgaben gemeinsam zu lösen, wie z.B. die Neuorganisation bzw. Vereinheitlichung der Lehrerausbildung, sowie Kooperationen im Zusammenhang mit der neuen Reifeprüfung („vorwissenschaftliche Arbeit“) u.a.m. Die Unterordnung unter andere Ressorts bezeugt hingegen die grundsätzlich inferiore Stellung, die die herrschende Politik der Bildung und Wissenschaft zuweist. Man könnte – wie dies aus den offiziellen Rechtfertigungen ableitbar ist – das „Verräumen“ dieser beiden Zukunftsressorts als reine organisatorisch-administrative, eventuell vielleicht auch ökonomisch begründete Maßnahmen darstellen und begreifen. Schlimmer ist jedoch vielmehr, dass in der Regierungserklärung zu Bildung und Wissenschaft so gut wie nichts Relevantes, Zukunftsfähiges zu finden ist, außer vielleicht der Ansage, nämlich das vage Versprechen, für Universitäten und Fachhochschulen (allerdings wieder mit der Einschränkung „bei gegebener finanzieller Bedeckbarkeit“, d.h. völlig unbestimmt, irgendwann einmal) 2% des BIP bereit zu stellen. Dieses Ziel wurde schon von vorangegangenen Regierungen in Aussicht gestellt, bisher wurde aber nichts davon eingelöst. Wichtige Fragen betreffend Stipendien, existenzsichernde Rahmenbedingungen und realistische Karrieremuster für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Doktorats- und Habilitationsstipendien – wie an führenden Universitäten durchaus üblich – finanzielle Absicherung der außeruniversitären Forschung, ausreichende Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen, internationaler Kontakte (Konferenzen, Tagungen, Kooperationen etc.) usw. – und zwar das alles nicht nur für wirtschaftsnahe Fachrichtungen – also Fragen dieser Art wurden nicht einmal gestellt. Damit wird die absolute Nebenrolle von Wissenschaft und Unterricht sowie die präpotente Ignoranz der verantwortlichen politischen Akteure gegenüber diesen Zukunftsressorts manifest. Die Empörung (nicht nur) der akademischen Öffentlichkeit ist auch entsprechend groß. Nur eine Stimme von vielen: „Diese Entscheidung ist verheerend für die Wissenschaft und Bildung. Nein, sie ist sogar schäbig, armselig und dumm. Nur die Wissenschaft kann uns Nachhaltigkeit lehren und zeigen, wie wir in Zukunft bestehen sollen.“¹ Diese Wortwahl ist keineswegs übertrieben, die Umstände, unter denen der bisherige Wissenschaftsminister seines Jobs entledigt wurde, waren schlicht niederträchtig².

¹ Renée Schroeder in Profil v. 23.12.2013

² Siehe dazu: „Ausgeforscht“ in; Profil v. 23.12.2013

Der Chef des fusionierten Wirtschafts-/Wissenschaftsministeriums hat auch schon verlauten lassen, dass es keine Geschenke an die Universitäten geben wird³. Das muss wohl so gedeutet werden, dass es im Prinzip, was die materielle und finanziellen Bedingungen betrifft, so weiter gehen wird wie bisher. Wenn immer wieder beteuert wird, dass die Freiheit der Forschung unangetastet bleibt und es zu keinerlei Einschränkungen (insbes. nicht wirtschaftsrelevanter bzw. wirtschafts- und gesellschaftskritischer) Forschung und Lehre kommt, so ist das Teil der Rhetorik: Die Realität ist vielmehr, dass Forschung immer stärker von Drittmittelfinanzierung abhängig geworden ist. Der Trend ist unübersehbar, dass Projektforschung nur mehr möglich wird, wenn entsprechende (private) Geldgeber aufgetrieben werden können. Bekanntlich sind selbstlose Mäzene rar geworden, die keinen Einfluss darauf nehmen, was inhaltlich mit ihrem Geld gemacht wird ... D.h. aber, dass bloß die Aufrechterhaltung des Status quo immer mehr zu einer Bedrohung einer freien Wissenschaft wird.

Wenig Ermunterndes verlautet auch aus dem fusionierten Frauen-/Unterrichtsministerium, womit die Perspektiven der näheren Zukunft abgesteckt scheint, einige Originalwortspenden als empirische Untermauerung: „Ob eine verschränkte Ganztagschulklasse kommt, bestimmen einzig die Eltern und nicht die Lehrer“ und „Schulleiter sollen bei der Auswahl der Lehrer mitreden können, aber eine freie Wahl wird es nicht geben.“⁴ In einem Nebensatz ist die Rede von der Absicht, das Ansehen des Lehrerstandes anheben zu wollen – wie soll dies möglich sein, wenn die Lehrer von Entscheidungen ausgeschlossen bzw. anhaltend entmündigt und bevormundet werden? Die Bedingungen (d.h. Länge des Gängelbandes), unter denen Schulautonomie „erlaubt“ wird bzw. stattfinden soll, sind sehr restriktiv gesetzt, die obrigkeitsstaatlichen Kontrollmechanismen werden durch solche Marginalien nicht aufgelöst.

Die ersten Aussagen über politische Vorhaben seitens der Ressorts für Wissenschaft und Unterricht skizzieren atmosphärisch den Stellenwert, den Bildung und Wissenschaft in den kommenden Jahren einnehmen werden und auf welche Innovationen wir uns gefasst machen können.

Eine Menge von Baustellen ...

Unter der Annahme, dass diese Regierung tatsächlich die gesamte Funktionsperiode im Amt bleibt, kann am allerwenigsten eine positive zukunftsfähige Perspektive für Bildung und Wissenschaft für die nächsten Jahre erwartet werden. Dass sich reaktionärer Geist, Ökonomisierung und partikulare Parteiinteressenrücksichtslos durchgesetzt haben, lässt sich durch die Priorität (inner)parteilicher und koalitionärer Machtarithmetik vor gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten erklären – was nicht zuletzt ein Exvizekanzler kritisiert, wenn er der Liquidierung des Wirtschafts- und Unterrichtsministeriums die Schaffung eines neuen Ministeriums für Familie und Jugend, gegenüber stellt, „das so gut wie keine Kompetenzen haben wird, weil etwa der Familienlastenausgleich ohnehin vom Finanzministerium zu gestalten ist und Jugend eine Zuständigkeit der Bundesländer ist.“⁵

an den Universitäten

Es ist schwer vorstellbar, dass unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers der wachsende Einfluss der Wirtschaft auf die universitäre Lehre und Forschung (insbesondere wissenschaftliche und künstlerische Grundlagenforschung) problematisiert oder hinterfragt wird, da schon eher das Gegenteil. Die Befürchtungen, dass Universitäten – noch stärker von der Wirtschaftspolitik instrumentalisiert werden, sind nicht von der Hand zu weisen, wie es ja übrigens die volkstümliche Formulierung „Wer zahlt, schafft an“⁶, die realen Machtverhältnisse unmißverständlich auf den Punkt bringt.

³ <http://derstandard.at/1385171744160/Kann-keine-interne-Geschenkverteilung-veranlassen> (19.12.2013)

⁴ Die Frauen-/Unterrichtsministerin in der Wiener Zeitung v. 21./22.12. 2013

⁵E. Busek: Die Zukunft hat abgedankt“ in: Standard v. 14./15.12.2013

⁶ Walter Schachermayer: Wissenschaft und Wirtschaft: Wer zahlt, schafft an. In.: Standard, 10.1.2014

Die Mängel- bzw. Aufgabenliste betreffend das Hochschulwesen und die Wissenschaftsförderung ist lang, und so gut wie alle Reparaturschritte sind als „dringlich“ einzustufen. Das betrifft an den Universitäten in der Lehre die Notwendigkeit der Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, der Arbeitsbedingungen (inklusive eines realistischen Karrieremodells) für den wissenschaftlichen Nachwuchs, der arbeitsrechtlichen Situation der (externen) Lehrbeauftragten und die Ausstattung der Bibliotheken, Labors, etc. etc.

Hochschulpolitik insgesamt steht in der Kritik. Optimaler Einsatz von Mitteln, überlegte Standortpolitik sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, aber noch schnell wurde vor den Wahlen die fragwürdige Gründung einer MedUni in Linz dem Wunsch des betreffenden Landesfürsten entsprechend durchgewunken, obwohl eine nachhaltige Finanzierung alles andere als geklärt ist (die Donauuniversität in Krems hat ihre Entstehung einer durchaus vergleichbaren Konstellation zu verdanken, hier wurde auch im Schnellverfahren die Einführung von Doktoratsstudien bewilligt). Dass die neue Regierung zukunftsfähig eine autonome, von landesfürstlichen oder parteipolitischen Kalkülen unabhängige Wissenschafts- und Hochschulpolitik formulieren und umsetzen kann, wird kaum zu erwarten sein. Vielmehr wird fortgesetzt, was auch in den letzten Jahren der Fall war: Patchwork und schleichende Betriebswirtschaftlichung des Studien-, Lehr- und des Wissenschaftsbetriebes (inklusive der Administration): New Public Management determiniert den Universitätsalltag – immer mehr auf Kosten der innerbetrieblichen Autonomie, Demokratie und Transparenz.

und an den Schulen

Wie sich das Schulwesen unter der Dominanz des Frauenministeriums zukunftsfähig entwickeln können wird, muss fraglich bleiben. Vermutlich wird die Ganztagschule leichter durchgesetzt werden können, weil damit die Nachmittagsbetreuung – traditioneller Weise eine Domäne der Frauen – gewissermaßen staatlich geregelt wäre ... Die Ansage der zuständigen Ressortleiterin gemeinsame Schulen in ausgewählten Modellregionen (mit kooperationswilligen, zum herrschenden Dogma der konservativen Regierungspartei dissidenten Politikern) ist durchaus so zu werten, dass politisch am sozialelektiven Charakter des österreichischen Bildungswesens angesetzt wird. Schlussendlich wird es zu einer Klärung kommen müssen, ob es in Zukunft ein Nebeneinander von Neuen Mittelschulen und der Unterstufe der Gymnasien geben wird oder ob Gymnasien nur als Sekundarstufe II geführt werden. In diesem Kontext müsste dann aber auch die (aktuell laufende) Reform der Lehrerbildung konzipiert werden, die ja derzeit getrennt, d.h. nicht unter einem (universitären) Dach erfolgt (und die Vorschulpädagogik ausnimmt). Der Ausgang dieses Kulturkampfes ist durchaus offen, auch wenn derzeit Aussicht auf mehr Bewegung im ideologisch verfestigten Stellungskrieg besteht. Aber es gibt noch andere Konfliktfelder: Kann das fusionierte Frauen- & Unterrichtsministerium den Mut aufbringen (insbesondere die Konfrontation mit den Ländern und ihren „Fürsten“ zu wagen und zu bestehen), um die Schulbürokratie zu minimalisieren, die Autonomie der Schulen zu stärken und im Gegenzug Institutionen wie die Landesschulräte, hinsichtlich ihrer Kompetenzen und Effizienz zu hinterfragen, radikal zu reduzieren und ggfls zu restrukturieren, etc.? (Auch die Frage von Effizienz und Notwendigkeit des bifie müsste in so einem Evaluationsprozess zur Diskussion stehen). Ist damit zu rechnen, dass die Reduktion der Unterrichtsstunden – vorgenommen von einer der vorangegangenen Regierungen aus Gründen der Kostenbeinsparung und nicht aus pädagogischen Überlegungen (d.h. bestenfalls eingepackt in pädagogische Rhetorik) – wieder rückgängig gemacht werden? Wird dringend benötigtes zusätzliches Fachpersonal – Schulpsychologen, Sozialpädagogen – in entsprechender Zahl eingestellt, um die Lehrkräfte zu entlasten? Wird doch auch die Ausbildung der Vorschulpädagogen an die Universitäten geholt? Usw.

Nicht dass dies schon genug wäre, es kommt noch in den kommenden Jahren einiger Sprengstoff dazu: Man darf sich nicht vor der Tatsache verschließen, dass PISA & Co, Bildungsstandards, Zentralmatura, Outputorientierung – ein Prestigeprojekt der vergangenen Regierung

– generell nicht zukunftsfähig sind. Diese Erkenntnis fasst der Grazer Bildungswissenschaftler Bernd Hackl wie folgt zusammen (und ist damit keineswegs allein, die Literatur zu diesem Thema ist international kaum noch zu überblicken): „Die begleitende Forschung beginnt heute bereits zu dokumentieren, dass die hohen Erwartungen an Bildungsstandards, Zentralmatura, Kompetenzorientierung usw. nicht begründbar sind und es mehren sich kritische Stimmen, die von ihrer relativen Wirkungslosigkeit sprechen.“⁷ Ähnliches und detailliert kann man im Nationalen Bildungsbericht 2012 nachlesen⁸, in dem festgestellt wird, dass es für die Orientierung an Bildungsstandards und die damit verbundenen Ziele keinerlei valide empirische Belege gebe. Es sei nicht nachweisbar, dass Bildungsstandards und externe Leistungsüberprüfung zu besserer Leistung und mehr Bildungsgerechtigkeit führten. Das sind Befunde, die buchstäblich nach schnellem und entschiedenem politischen Handeln schreien, um so mehr, als in die outputorientierten Schulreformen schon eine Menge Geld investiert wurde und noch wird.

Die Schnittstelle zwischen Sekundarstufe II und den Universitäten („Vorwissenschaftliche Arbeit“ der neuen Zentralmatura, Studienberatung und Vorbereitung für das Studium, Aufnahmeverfahren etc.) erfordert neue Konzepte und erhebliche Anstrengungen. Schließlich ist die Reform der Lehrerausbildung noch nicht abgeschlossen⁹ und eine offene Großbaustelle. Die Universitätscurricula befinden sich zwar schon in der Endphase, noch nicht gänzlich ausverhandelt ist aber die Kooperation zwischen Universitäten und Pädagogischen Fachhochschulen, offen sind dabei Fragen wie gegenseitige Anrechnungen von Studien(teilen), usw. Für die Lehrerweiterbildung sind dringende neue Konzepte sowie Professionalisierung notwendig ... tragfähige Ansätze und Konzepte dazu sind noch rar. Das neue Lehrerdienstrecht ist zwar im Parlament beschlossen worden, kann aber mit Sicherheit noch nicht ad acta gelegt werden, weil die Auswirkungen und Folgen erst in einigen Jahren sichtbar werden und dann sich wahrscheinlich weiterer Reformbedarf ergeben wird.

Schlussbemerkungen

In den Ressorts Wissenschaft und Unterricht sind professionelle Expertise sowie intelligente, zukunftsorientierte Politik und Engagement gefragt, nicht mehr und nicht weniger ... Die zu bewältigenden Aufgaben sind von einer Dimension, die eigene selbständig und kompetent geführte Ministerien im Bildungs- wie im Hochschul- und Wissenschaftsbereich mehr als rechtfertigen würden. Was wir hingegen die kommenden fünf Jahre mit Sicherheit haben werden, ist politisch gewollte und zu verantwortende Marginalisierung von Wissenschaft und Bildung, eine weitere Ausdünnung und Reduktion der universitären Lehre auf ein Pflichtminimum, die weitere Prekarisierung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zunehmende Marginalisierung nicht wirtschaftsrelevanter Forschung. Diese zumindest seit einem Jahrzehnt zu verfolgende Entwicklung hat ihre Logik: Die Fusionierung des Wissenschafts- mit dem Wirtschaftsressort ist, wie es Thomas Wallerberger auf den Punkt bringt, „die sichtbare Niederlage eines konservativen Wissenschaftsbegriffs gegen einen neoliberalen“¹⁰.

Dezember 2013 – Jänner 2014

⁷Bernd Hackl: Die pädagogische Output-Orientierung und ihre Nebenwirkungen. In: Gymnasium 62 Jg. / 2013 Nr. 6, S. 16 – 19

Thomas Jahnke (Herausgeber), Wolfram Meyerhöfer (Hrsg.): PISA & Co. Kritik eines Programms. Hildesheim 2006

⁸ <https://www.bifie.at/nbb>

⁹Gero Fischer: Debakel Jahrhundertprojekt Lehrerbildung Neu (2013)

In: <http://slawistik.univie.ac.at/studium/forum-fuer-hochschuldidaktik-und-hochschulpolitik/>

¹⁰ Thomas Wallerberger: Die Niederlage der Wissenschaft. In: Wiener Zeitung, 31.12.2013, S. 12